

## Studiengebühren verhindern - Bildungsreform gestalten



1. Der Juso-Bezirksbeirat bekräftigt die Position der Jusos, Studiengebühren - gleich welcher Form - abzulehnen.
2. Der Bezirksbeirat rügt die unzureichende Vertretung der Jusos im SPD-Bezirksvorstand Hannover durch den Juso-Bezirksvorstand und das mangelnde Engagement für die Forderungen der Jusos.
3. Der Juso-Bezirksbeirat setzt eine für alle offene Arbeitsgruppe ein, die in Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen, den Juso-SchülerInnen und dem Juso-Landesverband den a.o. Parteitag am 26.1.2002 dahingehend vorbereitet, dass die politischen Anträge vorformuliert werden und durch den Beirat über den Bezirksvorstand an den Parteitag übermittelt werden. Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, der Arbeitsgruppe die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.
4. Der Juso-Bezirksbeirat fordert die Unterbezirke und Orts-AGen auf, bei Mitgliederversammlungen in den Ortsvereinen, auf Unterbezirksparteitagen, Stadtverbandsdelegiertenversammlungen und in Unterbezirksvorstandssitzungen, Anträge gegen Langzeitstudiengebühren und für die Schulstrukturreform einzubringen und durchzusetzen und diese dem a.o. Bezirksparteitag zuzuleiten. Die unter 3. eingesetzte Arbeitsgruppe wird entsprechende Arbeitshilfen (Musteranträge, Pressemitteilungen und ähnliches) zusammenstellen und zur Verfügung stellen. Neben dem innerparteilichen Kampf um Mehrheiten ist es wichtig, dass jetzt auf der Basis einschlägiger Juso-Positionen zum Thema Studiengebühren und zur Schulstrukturreform aufeinander abgestimmte Aktionen folgen. Wir wollen eine sowohl innerparteiliche als auch öffentliche Kampagne für eine solidarische Bildung. Die Zusammenarbeit mit dem Landesverband wäre dabei hilfreich. Aktionsvorschläge sind in der Anlage
5. Die unter 3. eingesetzte Arbeitsgruppe organisiert im Benehmen mit dem Bezirksvorstand rechtzeitig eine Delegiertenvorbesprechung zum a.o. Bezirksparteitag, auf der abschließend das Vorgehen bezüglich der Studiengebühren und der Schulstrukturreform beraten werden kann.
6. Der Juso-Bezirksvorstand wird aufgefordert, sich mit dem Juso-Bundesverband in Verbindung zu setzen, um sicherzustellen, dass in die Beratungen zum Leitantrag auf dem Bundesparteitag entsprechende Änderungsanträge zur Verhinderung von Studiengebühren gestellt werden. Als Grundlage kann der in der Anlage befindliche Antrag dienen. Der Juso-Bezirksvorstand versucht nach Abstimmung mit dem Beirat und der unter 3. eingesetzte Arbeitsgruppe ferner, einen entsprechenden Antrag im SPD-Bezirksvorstand zu stellen.
7. Um die Leitlinien der Juso-Arbeit im Jahre 2002 festzulegen, einen breiten Konsens der Unterbezirke zu ermöglichen und für jedeN ersichtlich zu machen, wo Jusos 2002 handeln werden, setzt der Bezirksbeirat eine Arbeitsgruppe ein zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms. Die Unterbezirke werden aufgefordert bis Anfang November ihre Anforderungen an die zukünftige Arbeit des Bezirks zu formulieren. Die Arbeitsgruppe sichtet diese Vorschläge und legt bis Dezember einen ersten Diskussionsentwurf vor.

Anlage:

*Zum Leitantrag der SPD zum Thema Bildung*

### 1. Studiengebühren

Der Bundesparteitag möge beschliessen: Statt "Studiengebührenfreiheit für das Erststudium ist für soziale Chancengleichheit eine wichtige Voraussetzung" (Seite 6) Ein allgemeines Studiengebührenverbot steht für gute sozialdemokratische Politik der Gerechtigkeit. Gebühren bedeuten gerade für Kinder aus Arbeiterhaushalten eine Barriere.

*Begründung:*

Schon Langzeitstudiengebühren schrecken ab. Davon sind insbesondere die betroffen, die jetzt schon einen geringen Anteil der Studierenden ausmachen. Nur 8% der Arbeiterkinder gehen zur Hochschule. Gute sozialdemokratische Politik muss einer ständigen Reproduktion der Elite entgegen treten. Der Öffnungsbeschluss von 1977 hat insbesondere den Kindern aus Beamtenfamilien, allgemeiner gefasst, aus den Mittelschichten genutzt. Das aber darf einer Partei, die alle ArbeitnehmerInnen vertritt, nicht ausreichen. Deswegen setzen wir uns für ein allgemeines Studierendenverbot ein.

### 2. Zur Chancengleichheit:

Der immer wieder in dem Antrag verwendete Begriff Chancengleichheit suggeriert, dass allen Studierenden zumindest dieselben Chancen eingeräumt werden sollen. Die gesellschaftlich determinierten Zwänge aber verhindern eine solche Chancengleichheit. Zum einen durch die finanzielle Ungleichverteilung, die einen Teil der Studierenden zwingt, einer

Erwerbsarbeit nachzugehen und zum anderen weil viele Schulabgänger erst gar nicht den Zugang zum Abitur erlangt haben oder sie mit dem akademischen Milieu nicht genügend Erfahrung bsp. über die Eltern sammeln konnten. Der Einschnitt erfolgt meist schon in der Schule, die in zu vielen Fällen immer noch die gesellschaftlichen Leitmilieus als Maßstab für die Bildung nutzt. Dieses äussert sich in einer Bevorzugung einer bestimmten Ausdrucksweise oder schon eines bestimmten Habitus. Diese feinen Unterschiede bewirken einen sich durch alle Bildungsinstitutionen ziehenden Ausleseprozess, der eben nicht allein auf Leistung achtet, sondern immer noch Herkunftsunterschiede mitbewertet. Dieser Gedanke und diese gesellschaftlichen Verhältnisse verhindern eine Chancengleichheit. Deshalb müssen die gesellschaftlichen Bewertungsmaßstäbe auf den Prüfstand gestellt werden, also evaluiert werden. Dieses muss in der Schule beginnen und wird sich in der Hochschule fortsetzen müssen, wo dieses zum Teil ja schon begonnen hat, indem Evaluationen vorgenommen werden. Nur müssen diese auch ernsthaft umgesetzt werden und Vorlesungen dürfen eben nicht nur für die Akademikerkinder gehalten werden, sondern müssen sich an alle richten. Wir fordern nicht Chancengleichheit, sondern Chancengerechtigkeit. Bildung darf soziale Ungerechtigkeit nicht fortschreiben, sondern muss der soziale Gerechtigkeit dienen.

#### Anlage Aktionsvorschläge

1. Beschluss einer Resolution
  - a. als offener Brief an die Landesregierung Niedersachsens. Den offenen Brief sollten wenn möglich führende HoPomitglieder unterschreiben. Er sollte dann auch der Presse übergeben werden.
  - b. als Unterschriftenaktion, die von möglichst vielen StudentInnen mitunterzeichnet werden kann, um öffentlichen Druck zu erzeugen.
2. Kontaktaufnahme zu den verschiedenen HSGen (nicht nur Juso-HSG) im Bezirk und die Resolution schnellstmöglich im Konsens verabschieden. Mit einer darauf folgenden (offensiven) Öffentlichkeitsarbeit und dem demonstrativen Schulterschluss der Studies die innerparteiliche Diskussion über die Öffentlichkeit (Presse) initiieren.
3. An den Hochschulen: Info-Kampa zu Studiengebühren in Zusammenarbeit mit den HSGen und evtl. Fachschaften organisieren. Dramatisierung der Lage scheint hier notwendig (1000.-DM pro Semester für alle!!!).

© Jusos Göttingen <a href="http://www.jusos-goettingen.de">http://www.jusos-goettingen.de</a> Nikolaistraße 30, 37073 Göttingen, <a href="mailto:info@jusos-goettingen.de">info@jusos-goettingen.de</a>
---